

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich amtll. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gegründet 1888.

Verlags- und Druckerei: Limburg (am Rhein).
Verleger: Dr. phil. h. c. h. v. d. Hoff, Limburg.
Telefon Nr. 22. — Postfach 2222. — Limburg a. Rh.

Verlag: Dr. phil. h. c. h. v. d. Hoff, Limburg.
Telefon Nr. 22. — Postfach 2222. — Limburg a. Rh.

Abonnement: Die 4. Ausgabe (Sonntagsausgabe) kostet 2.10 RM.
Abdruck: Die 4. Ausgabe (Sonntagsausgabe) kostet 2.10 RM.
Abdruck: Die 4. Ausgabe (Sonntagsausgabe) kostet 2.10 RM.

Nummer 298

Limburg, Montag, den 27. Dezember 1920.

83. Jahrgang

Vor einer Weltkrise?

In den deutschen Wirtschafts- und Finanzkreisen sieht man bekanntlich der nächsten Zukunft nicht gerade mit beruhigten Gefühlen entgegen. Der Gelegenheit hat, mit Persönlichkeiten, die nach Beruf und Stellung einen Überblick über die in Frage kommenden Faktoren und Einzelheiten haben, aber Bekanntschaft der wirtschaftlichen Entwicklung zu sprechen, wird übereinstimmend hören, daß in Zusammenhang mit den Verhältnissen in der ganzen Welt auch bei uns ein Rückschlag auf wirtschaftlichem Gebiete in Aussicht steht, der also auch eine weitere Steigerung unserer Not in sich schließt. Die Wogen des großen Umsturzes sind inzwischen zwar etwas abgeebbt, aber so erfreulich das an sich ist, ist leider trotzdem jedem bekannt, daß unser Wirtschaftsleben nach wie vor im Zeichen des Sturmes steht. Die Erholung des deutschen Marktes war nur eine vorübergehende Erscheinung und ist inzwischen leider durch eine neue Verschlechterung ersetzt worden. Das hat im weiteren Verlaufe dazu geführt, daß wir weder an den Preisabbau, noch an den Lohnabbau und damit an eine wirklich grundlegende Wiedergeburt unserer Wirtschaft gehen konnten. Wir haben uns ferner vor Augen zu halten, daß die Steuerlast für den Einzelnen sei er selbst oder Kapitalist, immer größer wird, und daß unser Finanzwesen „wie einst im Mai“, alles andere eher als Zeichen einer Gesundung erkennen läßt. Der deutsche Wirtschaftskörper ist nicht nur nicht geklärt, sondern weiter geschwächt worden, und es liegt auf der Hand, daß eine Krise in der Weltwirtschaft ihn daher doppelt schwer treffen würde. Diese Krise scheint aber in der Tat in sicherer Aussicht zu stehen. In Frankreich sagt man darüber, daß der Franken dauernd an Kaufkraft verliert und das gleiche ist in Belgien und in England für die dortigen Zahlungsmittel der Fall. Kennen der Wirtschaftsverhältnisse in den Vereinigten Staaten führen für die Union gleichfalls ganz ähnliche Beobachtungen an, und wenn überall überfüllte Lager, Geschäfte- und Arbeitslosigkeit, trampsartige Verhältnisse zur Geltung der Preise gemeldet werden, so ergibt sich eigentlich, daß wir in der Weltwirtschaftskrise schon mitten drinnen sind. Wir sehen also, daß auch die Siegerstaaten aufs Schwerste zu leiden haben, und daß nur das Land Aussicht hat, einigermaßen leicht aus der drohenden Verwirrung herauszukommen, das alle seine Hilfsmittel konzentriert und in die Waagschale wirft. Wir wissen, daß diese Möglichkeit für uns zu einem entscheidenden Teile von der Haltung unserer Gegner abhängt. Der Haas-Reuter-Bericht über den vorläufigen Abschluß der Brüsseler Konferenz hat der deutschen Presse verschiedentlich den Anlaß gegeben, einen günstigen Verlauf der Verhandlungen in Aussicht zu stellen. Wir fürchten, daß diese Hoffnungen sich nicht in dem erwarteten Maße erfüllen werden. Damit aber können wir wieder zu der alten Wahrheit, daß Gott nur dem hilft, der sich selber zu helfen weiß. Es ist eine ernste Mahnung, die uns unserer heutigen Lage für uns in dieser alten Erfahrung liegt, und man könnte glauben, daß das deutsche Volk sie zu beherzigen entschlossen ist, wenn man die Zeichen günstig deuten könnte, die allmählich und erfreulicherweise in wachsendem Maße für die Selbstbefinnung des deutschen Volkes zu sprechen scheinen. Steigender Arbeitswille, Hebung der Geschäftsmoral und vor allem Sparanklang sind die stärksten Mithras, die wir auf unser Haben-Konto buchen können müssen, wenn ein gesunder Neuaufbau erfolgen soll.

Abschied von Brüssel.

Brüssel, 23. Dez. (W.B.). Vor ihrer Abreise von Brüssel traten die alliierten Sachverständigen nochmals zusammen, um einen endgültigen Bericht über ihre bisherigen Arbeiten festzusetzen, der mit den bisher ausgearbeiteten vorläufigen Berichten ihren Regierungen übermitteln werden soll. — Havas meldet noch, daß sowohl die deutschen als auch die alliierten Sachverständigen nicht mit leeren Händen auseinandergegangen sind. Die Gesamtheit der vorläufigen Berichte stellt ein Programm dar. Die deutschen Delegierten hätten ständig geglaubt, ihre Vollmachten zu überschreiten und sich über jede einzelne Anregung nach Berlin berichten wollen. Sedoux habe darauf hingewiesen, daß Deutschland bald zu einer Überproduktion an Kohlen gelangen werde, wenn es nur die Arbeitsweise ausbauen wolle, so wie es Frankreich während des Krieges getan habe. Auch die Gewinnung und Verwertung von Holz könne noch bedeutend verstärkt werden.

Deutschland behält die Kriegsschiff-Umbauten.

Paris, 23. Dez. (W.B.). Die gestrige Vorkonferenz behandelte das Gesetz der deutschen Schiffsbaufabrikation und verzichtete auf das Recht, das die Alliierten sich vorbehalten hatten, nämlich auf Grund des Paragraphe 5 Absatz 3 des Vertrages von Versailles die Kriegsschiffe nach Fertigstellung für sich in Anspruch zu nehmen, die Deutschland in Handelschiffe umwandeln kann.

Lond George über den Kriegsausbruch.

London, 23. Dez. (W.B.). Wie englische Zeitungen melden, sagte Lord George in seiner gestrigen Rede vor den britischen Vertretern bei der Völkerbundversammlung u. a. noch: Wenn im Jahre 1914 ein Völkerbund bestanden hätte, so würde es keinen Krieg gegeben haben. Je mehr man die in den verschiedenen Ländern über die Ereignisse vor dem 1. August 1914 geschriebenen Memoiren und Bücher studiert, desto klarer erkenne man, daß keiner von den leitenden Staatsmännern, in jenem Augenblick einen Krieg gewollt habe. Sie seien hinein geglitten oder vielmehr hineingeklopert, vielleicht aus Torheit. Eine Besprechung der Lage würde zweifellos den Krieg verhindert haben. Weiter sagte Lord

George, er sei hoffnungsvoll, daß die Vereinigten Staaten vielleicht doch noch dem Völkerbund beitreten würden. Ein Fortschritt sei nicht möglich, bevor nicht alle Nationen dem Bunde angehörten. Das wichtige Entwaffnungsproblem könne nur gelöst werden, wenn jede Nation sicher sei, daß die andere Nation das gleiche tue. Solange aber der Rüstungswettbewerb andauere, werde es keinen wahren Frieden geben.

Der Dank an die ausländischen Wohltäter.

Berlin, 24. Dez. (W.B. Amtl.). Reichspräsident Ebert richtete an den Reichsminister Rechenbach folgendes Schreiben:

Berlin, 23. Dezember 1920.

Menschenfreundliche Kreise des Auslandes sind seit langem bemüht, der in weiten Schichten unseres Volkes herrschenden Not durch Werke der Nächstenliebe zu steuern. An erster Stelle stehen in dieser Beziehung unsere Nachbarn Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Die warmherzige kühnste Aufnahme, die Kindern unseres Volkes seit Jahren in diesen Ländern bereitet wird, begegnet den schweren Gefahren, denen das heranwachsende Geschlecht in geistiger wie körperlicher Beziehung durch den Krieg und seine Nebenwirkungen ausgesetzt wurde und verfolgt damit ein Ziel, das über die Not des Tages hinausgeht und uns Deutschen ganz besonders am Herzen liegen muß. Gleichen Zwecken dient die Hilfsbereitschaft der Quäker. Ihre Spenden der Schuljugend haben die gleiche Fürsorge für bedürftige Erwachsene folgen lassen. Auch andere Kreise der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten entfalten weitgehende Hilfsbereitschaft in der Form von Liebesgaben und Geldüberweisungen. Inoffizielle, von warmer Sympathie getragene Hilfe kam auch von den Staaten Südamerikas. So hat noch jüngst ein Komitee holländischer Damen der Gattin unseres Außenministers 150 000 Mark für unsere Kriegswaisen zur Verfügung gestellt. Das Gefühl der Dankbarkeit für all diese menschenfreundliche Hilfe wird im deutschen Volke, das schwer um sein Dasein ringt, nicht erlöschen. Ich möchte das Weihnachtsfest nicht vorübergehen lassen, ohne diesem Gefühl weiterhin Ausdruck zu geben, und ich bitte Sie, Herr Reichsminister, allen beteiligten Stellen den warmen bleibenden Dank des deutschen Volkes zu übermitteln.

gez.: Ebert.

Der Reichsminister hat veranlaßt, daß den beteiligten Stellen des Auslandes und den inländischen Hauptstellen des auswärtigen Hilfswesens der in diesem Schreiben ausgedrückte Weihnachtsdank des deutschen Volkes übermitteln wird.

Keine Bettelei!

Berlin, 24. Dez. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wendet sich in einer halbamtlichen Mitteilung gegen die Bitten von Vereinen an das Ausland unter dem Deckmantel der Wohlfahrtspflege und der Wohltätigkeit und bezeichnet dieses Verhalten als würdevolle Bettelei, die das Ansehen des Deutschlands im Ausland schädigt. Die zuständigen Behörden sind ersucht worden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die gekennzeichneten Vereine und Unternehmungen einzuschreiten.

Reichsnotopfer und Zwangsanleihe.

Böln, 23. Dez. Die hiesige Handelskammer hat auf die in der Bevölkerung durch die neuen der Einziehung des Reichsnotopfers herlaufenden Pläne einer Zwangsanleihe enthaltene Beunruhigung hingewiesen und um beruhigende Erklärungen gebeten. Der Reichsminister der Finanzen hat hierauf der Handelskammer folgende Antwort erteilt: Die Befürchtung des Publikums, daß das Zustandekommen einer Zwangsanleihe den Abgabepflichtigen, die Zahlungen auf das Reichsnotopfer geleistet haben oder leisten werden, irgendwelchen Nachteil bringen wird, ist unbegründet. Die Regierung hält an dem Gehehensurteil zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers fest. Selbst wenn aber neben oder an Stelle dieses Entwurfes der Gedanke der Zwangsanleihe zur Durchführung käme, würden Zahlungen, die auf das Reichsnotopfer in bar oder in selbstgezeichneten Kriegsanleihe bis zur Aufnahme der Zwangsanleihe geleistet worden sind, von dem Betrag, den der Abgabepflichtige an Zwangsanleihe übernehmen müßte, abgezogen werden können. Die Wirkung der geleisteten Zahlungen auf die Reichsnotopferleihe bleibt selbstverständlich unberührt, denn der Grundgedanke der Zwangsanleihe muß unter allen Umständen sein, daß derjenige, der seine Verpflichtung gegenüber dem Vaterland schon durch die Hingabe von Mitteln in der Form des Notopfers erfüllt hat, insofern im Wege der Zwangsanleihe nicht noch weitere Mittel zur Verfügung zu stellen braucht.

Der Ersatz der Stimmzettel.

Berlin, 21. Dez. Das Reichswahlgesetz verpflichtet das Reich zum Ersatz der Beschaffungskosten für die Stimmzettel. Im Einkommen mit dem Reichsrat und Reichstag hat die Reichsregierung die Höhe der zu zahlenden Beträge bestimmt. Gemäß dieser Vorschrift hat das Reichsministerium des Innern jetzt dem Reichsrat eine Denkschrift zugehen lassen und schlägt vor, die Kosten jedes geltenden Stimmzettels auf 15 Pfg. festzusetzen. Das ergäbe eine Belastung der Reichskasse mit 3,9 Millionen Mark ohne die Ausgaben für die bevorstehenden Wahlen in den Abstimmungsbezirken. Von dieser Summe erhalten die Sozialdemokraten 840 000 Mark, die Unabhängigen 735 000 Mark, die Deutschen 555 000 Mark, die Deutsche Volkspartei 540 000 Mark, das Zentrum 525 000 Mark, die deutsche Demokratische Partei 330 000 Mark und die Bayerische Volkspartei 177 000 Mark.

Neue Verhandlungen über die Beamtenhilfe.

Berlin, 23. Dez. (W.B.). Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist neuerdings an die Reichsregierung herangetreten, um Verhandlungen darüber zu erreichen, welche weiteren Maßnahmen mit sofortiger Wirkung getroffen werden müssen, um der Beamtenhilfe in ausreichender Weise zu helfen. Wie der Beamtenbund mitteilt, ist in Aussicht gestellt worden, daß in den nächsten Tagen neue Vorschläge über Hilfsmittel für die Beamtenhilfe zwischen der Regierung und dem Deutschen Beamtenbunde zur Erörterung gelangen werden.

Berlin, 23. Dez. (W.B.). Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, besteht kein Zweifel daran, daß die Eisenbahnverbände und Gewerkschaften gewillt sind, alle Verhandlungsmöglichkeiten auszunutzen. Die volle Befriedigung der Eisenbahnerforderungen scheint bei der allgemeinen Finanzlage des Reiches unmöglich zu sein. Es fanden jedoch auf Grund zahlreicher Eingaben der einzelnen Verbände bereits Besprechungen im Reichsfinanzministerium statt. Die Stimmung unter den Eisenbahnern sei besonders in den Betriebsverhältnissen gespannt, es bestehe aber nach wie vor die Hoffnung, daß ein für beide Parteien annehmbarer Ausgleich gefunden werde, ohne daß das zweischneidige Druckmittel des Streiks zur Anwendung komme.

Dorfschiffe.

Berlin, 24. Dez. (W.B.). Ebenso wie die Beamtengehälter dürfen auch die am 1. Januar fälligen Pensionen, Renten- und Hinterbliebenengeldleistungen unter Berücksichtigung aller etwa angeordneten Abzüge schon jetzt ausbezahlt werden. Die Postkonten und die Zahlstellen sind mit entsprechenden Anweisungen versehen worden.

Die Tabakbewirtschaftung.

Mit Rücksicht auf Entschädigungen, die vom Vertrauensausfluß der Tabakindustrie und von der Außenhandelsstelle über die Einführung der freien Wirtschaft im Tabakgewerbe gefordert waren, fanden kürzlich im Reichswirtschaftsministerium Besprechungen in dieser Angelegenheit statt. Der Reichswirtschaftsminister entschied dahin, daß aus volkspolitischen und anderen Gründen, insbesondere innerpolitischen Gründen die Einführung von ausländischen Rohstoffen zurzeit nicht freigegeben werden kann, auch ist es nicht möglich, jetzt einen Zeitpunkt zu nennen, zu welchem die freie Wirtschaft im Tabakgewerbe einsetzen kann.

Die Ausbarmachung der bayerischen Wasserkraft.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus München gemeldet wird, haben der Heranziehung ausländischen Privatkapitals zur beschleunigten Ausbarmachung der bayerischen Wasserkraft sämtliche bayerischen Landtagsfraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen beigestimmt. Gegen die Beteiligung französischen Kapitals erheben jedoch die Demokraten Bedenken.

Wahrheit und Gerechtigkeit.

Leipzig, 23. Dez. (W.B.). Universitätsprofessor Geheimrat Max Kötter richtete an den Präsidenten der britischen Akademie der Wissenschaften, Sir Frederick Kenyon, in London unter Bezugnahme auf den von diesem in der Rede vor der britischen Akademie der Wissenschaften am 21. Juli ausgesprochenen Wunsch, daß die wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft mit den deutschen Gelehrten wieder hergestellt werden möchte, einen offenen Brief, worin er die gegen die deutschen Gelehrten erhobenen Vorwürfe zurückweist und fragt, wo die Proteste der englischen Gelehrten gegen die Hungersblockade, die Verletzung der vierzehn Punkte Wilsons und die Kulturhiebe der schwarzen Besatzungstruppen im Rheinland geblieben seien. Ein fruchtbares Zusammenhalten werde erst dann möglich sein, wenn die englischen Gelehrten einsehen würden, daß die deutschen Gelehrten, indem sie zu ihrem Vaterland hielten, nichts anderes taten, als was die englischen Gelehrten gleichfalls getan haben und noch tun. Kötter spricht schließlich den Wunsch aus, daß die Stimme der Wahrheit und Gerechtigkeit im Völkerleben wieder Gehör finde.

Für zwei Kranke ein Pfleger.

Der Abbau der Lazarette begegnet erheblichen Schwierigkeiten. Noch am 1. Oktober 1920 machte das Personal der Lazarette rund 50 v. H. der Lazarettinsassen aus. Dazu kommt noch, daß sich unter den Lazarettinsassen noch eine große Anzahl von Personen befindet, die nicht mehr der Pflege in der Heilanstalt bedürftig, sondern nur deshalb in den Lazaretten zurückgeblieben sind, weil sie die erforderlichen Erhaltungskosten noch nicht erhalten konnten, oder ihre Unterbringung im wirtschaftlichen Leben noch nicht möglich war. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb eingehende Bestimmungen getroffen, um das Personal zu verringern. Die unbesetzten Lagerstellen in den Lazaretten, deren Personal vom Reich besoldet wird, müssen so rasch beseitigt werden, daß ihre Zahl im Bereich eines jeden Hauptversorgungsamts am 1. Januar 1921 noch höchstens ein Halb der am 1. November 1920 darin gemessenen Lagerstellen beträgt. Daneben dürfen nur noch unbesetzte Lagerstellen in Krankenanstalten aufrecht erhalten werden, deren Personal nicht vom Reich besoldet wird, sowie Lagerstellen in Baracken als Notbedarf. Die Insassen der nicht genügend ausgenutzten Lazarette sind mit möglichst Rücksicht auf die Kranken bis 1. Januar 1921 zusammenzulegen. Die zu schließenden Lazarette sind mit allem Zubehör unter Bewachung zu stellen. Von Neujahr an darf das gesamte Personal nur noch höchstens 30 v. H. der Zahl vom 1. November 1920 betragen.

Urteil im Prozeß über Bismarcks Erinnerungen.

Berlin, 23. Dez. Laut Urteil der 4. Zivilkammer des Landgerichts Berlin I in der Klagesache des Cotta-Verlags wegen Kränkungs der im dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck“ enthaltenen Briefe des Kaisers wird die Klägerin mit ihrer Klage abgewiesen. In der heute mittig erfolgten Verkündung des Urteils wurde betont, daß der Gerichtshof zwar das Persönlichkeitsrecht des Kaisers auf seine Briefe an Bismarck verneine, ihm aber das Urheberrecht an diesen Schriftstücken zugestanden habe.

Der Streit um Skagerrak.

Saag, 21. Dez. Was die englische Presse über die Skagerrak-Dokumente veröffentlicht, zeigt, daß der heftige Streit, der seit Aufhebung der Zensur zwischen den beiden Parteigegnern Jellicoe und Beatty über die in der Schlacht verfolgte Taktik und Strategie ununterbrochen wütet, damit nicht enden wird. Die Agitation, die die Veröffentlichung dieser Dokumente ergoz, richtet sich nunmehr darauf, die Veröffentlichung des Schlachtberichts zu erzwingen, den Harper mit Hilfe von vier Sachverständigen in mehr als einjähriger Arbeit auf Grund dieser Dokumente für die Admiralität ausgearbeitet hat. — In der „Westminster Gazette“ wird die Behauptung aufgestellt, die Dokumente zeigten, daß Admiral Scheers Bericht, wie er veröffentlicht sei, die deutschen Verluste unrichtig angebe, und die „Morningpost“ verfeuert sich sogar zu der ungeheuerlichen Behauptung, sie erbrächten den klaren Beweis, daß die Schlacht für die Deutschen eine vernichtende Niederlage war, denn sie habe die Moral ihrer Besatzung völlig gebrochen und den ganzen verwickelten Mechanismus der deutschen Flotte nutzlos gemacht. Was die englische Admiralität immer noch nicht veröffentlicht, sind ihre eigenen Befehle und Instruktionen an Jellicoe.

Die Belagerung d'Annunzios.

Rom, 23. Dez. Stefani, General Cavaglia hat die die nach Fiume führenden Eisenbahnlinien, sowie die Telegraphen- und Telefonleitungen unterbrechen lassen.

Fiume bekehrt sich.

Rom, 24. Dez. (W.B.) Die im Ausland verbreitete Meldung über eine angebliche Beschießung von Fiume ist von Grund aus falsch. Ueber die wirkliche Lage von Fiume liegen folgende Nachrichten vor: Der größte Teil der Bevölkerung hängt an, die Lage nach dem einzuordnen. Die Fiumer Sektion der katholischen Volkspartei erkannte in einer Tagesordnung den Vertrag von Rapallo an. Wie die „Tribuna“ meldet, haben die meisten und besten Offiziere d'Annunzio schon verlassen und auch diejenigen, die noch zu ihm stehen, verhehlen nicht, daß sie jedem Blutvergießen abgeneigt sind. Ein großer Teil der Legionäre hat übrigens Fiume verlassen. Auch Maffeo Pantoloni, der Sekretär für Finanzwesen der Regimentschaft des Quarnero, soll die Stadt verlassen haben. Die italienische Presse steht vollständig hinter der Regierung und betont die Notwendigkeit, daß der Wille des Staates vor allem befolgt werde.

Gegen den Wucher!

Unter allen Schädlingen, die das deutsche Volk tagtäglich in immer größerer Zahl heimsuchen, die Volksgeldung untergraben und das Volksvorvermögen weiter ins Ausland bringen, stehen Schleichhändler, Preistreiber und Wucherer an erster Stelle. Wuchergesetze zur Bekämpfung dieser Parasiten der Menschheit bestanden zwar schon während der Kriegszeit, aber diese gesetzlichen Bestimmungen mußten wegen der in der Nachkriegszeit geradezu katastrophal um sich greifenden Amoralität weiter ausgebaut und verschärft werden. Wucherer, Schleichhändler und Preistreiber konnten durch das Gesetz vom 27. November 1919 in besonders schweren Fällen des Schleichhandels, der vorzüglichsten Preistreiberei und der verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände auch bereits zu Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren und daneben bis zu einer Geldstrafe von 500 000 Mark verurteilt werden. Es entspricht dem Sinn der Reichsverfassung, daß Verstöße gegen das Wohlergehen der Allgemeinheit streng geahndet werden. Im Artikel 152 der Verfassung heißt es auch: „Wucher ist verboten, Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, sind nichtig.“

Ungeachtet der Verwerflichkeit ihres Gewerbes und ungeachtet der Strenge des Gesetzes haben aber raffinierte

Schleichhändler, Schleicher und Wucherer ihr schändliches Treiben fortgesetzt und werfen sich, da nun eine ganze Reihe von Gegenständen, die bisher der Zwangsbewirtschaftung unterlagen, freigegeben sind, mit um so größerer Energie auf die wenigen und besonders wichtigen Gruppen, deren Zwangsbewirtschaftung auf alle Fälle für die geregelte Volkswirtschaft noch aufrecht erhalten werden muß. Dieses Treiben, das den Kreisen der Schleicher und Preistreiber alle Genüsse zuführt, während der andere Teil des Volkes zu einem desto größeren Darben verurteilt ist, hat deshalb in steigendem Maße Mißbilligungen hervorgerufen. Die Reichsregierung hat daher Veranlassung genommen, dem Reichstag einen neuen Entwurf zur Bekämpfung des Schleichhandels, Preistreiberei und verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände vorgelegt. Dieser Gesetzesentwurf ist am 17. Dezember in zweiter und dritter Lesung angenommen. In besonders schweren Fällen ist das Höchstmaß der Strafe auf 15 Jahre Zuchthaus festgesetzt, während die Geldstrafe mindestens 20 000 M. beträgt und nach oben hin unbeschränkt bleibt. Auch in Bezug auf die Unterjagung des Handelsbetriebes ist insofern eine Verschärfung eingetreten, als die Wiederaufnahme des Betriebes in besonders schweren Fällen erst nach Ablauf von mindestens zwei Jahren nach Vollstreckung der Strafe zulässig ist. Selbstverständlich ist auch die Eingehung der Gegenstände des Schleichhandels, der Preistreiberei oder der verbotenen Ausfuhr vorgesehen, und zwar ohne Unterschied, ob die Gegenstände dem Täter gehören oder nicht. Diese Maßnahmen soll besonders auf jene Kreise abzielend wirken, die gemeinlich, mit Wuchern und Schleichern Handel zu treiben. Es liegt im Interesse des gesamten Volkes, wenn mit aller Strenge gegen derartige Ausbeuter vorgegangen wird. Ohne eine Hebung der wirtschaftlichen Moral ist auch ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft unmöglich.

Lokaler und vermischter Teil.

Bimburg, der 27. Dezember 1920.

• Zum Gedächtnis. Am ersten Weihnachtsfeiertag waren hundert Jahre seit dem Tode verfloßen, an dem der langjährige Stadtverordnetenvorsteher und bekannte Politiker Geheimrat Hubert Arnold Hilt zu Bimburg das Licht der Welt erblickt hatte.

• Ein Schwindler dachte den Trübel der Weihnachtszeit zu einem einträglichen Geschäftsfeld seinerseits auszunutzen. Auf irgend einem Wege hatte er sich in den Besitz von Verzeichnissen der auswärtigen Kunden einiger kleiner Geschäfte gesetzt und so konnte er denn, geküßt auf sein formgewandtes Auftreten, am Freitag mehrere Geschäftskunden mit Aufträgen erfreuen, die er zum großen Teil durch die Post bestellt sehen wollte, nur für einen gewissen Teil der Waren wollte er selbst die Verantwortung übernehmen und sie gleich mitnehmen. Mit einem ganz schönen Stapel Waren sah der junge Mann schon im Zug nach Diez, als die Polizei erschien, die von einem nichttraulichen Geschäftsmann aufmerksam gemacht worden war. Der Schwindel kam heraus und jetzt hatte der junge Kölner die „Belagerung“, die ihm gerade für den Weihnachtsabend wenig passend erschienen sein mag.

• Eingedrungen wurde am zweiten Weihnachtstage nachmittags zwischen 5 und 7 Uhr in die Wohnung des Schreibmeisters Didingen im Hallgartenweg. Die Diebe hatten die zweifelhafte Abwesenheit der Familie zu einem Besuch benutzt, bei dem sie den Sekretär nach allen Richtungen durchwühlten und 8000 Mark, die kurz vor den Feiertagen eingegangen waren, sowie einige Schwaren und eine Taschenuhr mitgehen ließen.

• Einschränkung der Annahme von Expreßgut. Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. Main teilt uns mit, daß durch einen Beschluß der deutschen Eisenbahnverwaltungen die Annahme von Expreßgut eine Einschränkung erfahren hat, soweit es sich um Güter größeren Umfangs oder Genüts oder um unhandliche, wenig leicht bewegliche Güter handelt, wie Stühle im Einzelgewicht von mehr als 50 Kilogramm, besonders schwierig zu verladende, sehr umfangreiche und solche Güter, die im Verhältnis zum Gewicht einen ungewöhnlich großen Rauminhalt einnehmen, wie Hühner, Korbwaren, Möbel, sowohl größere, wie Tische, Sofas, Schränke, Klaviere, wie auch Kleinsachen, Stühle usw. Drahtmatratzen, ganze Ofen jeder Art, Feder- und Wollballen von mehr als 1,50 Mtr. Länge und 0,80 Mtr. Breite, Holzwohle in losen Paketen, lebende Pflanzen und Bäume in großen Kübeln ohne feste Handgriffe, Leitern, Stangen, Bretter, Eisen- und Stahlwaren (Stäbe, Rohren von über vier Meter Länge, landwirtschaftliche Maschinen), große Bottiche, leere Kässer, Körbe, Kisten, Steigen, unzer-

legte Latenzgefäße und ähnliche Güter, sind nicht anzunehmen. Ebenso sind kleinere Stühle bis zu fünf Kilogramm sowie solche Stühle und mit größerem Gewicht, die infolge ihres kleinen Umfangs in erhöhtem Maße der Gefahr des Abhandenkommens ausgesetzt sind, z. B. solche in der Größe von Feldpostkassetteln, Zigarettenkasten und dergleichen, zurückzuweisen. Den Aufgebern wird die Verjagung mit der Post anheimgestellt. Massenauslieferungen, durch die im einzelnen Falle die Beförderung im Packwagen erschwert wird, werden zurückgewiesen. Ferner wird vor der Annahme die Verpackung genau geprüft. Gegenstände, deren Natur eine ordnungsmäßige Verpackung erfordert werden wenn sie mangelhaft verpackt sind, zurückgewiesen. Als mangelhafte Verpackung gilt insbesondere bei Textilwaren Verpackung in Papier und Verschmierung mit Bindfaden. Unverpackte oder mangelhaft verpackte Gegenstände, deren Natur keine oder keine ordnungsmäßige Verpackung erfordert, werden nur dann angenommen, wenn sie sich trotzdem zur Beförderung eignen und der Absender das Festhalten oder die Mängel der Verpackung auf der Eisenbahnpackkarte in dem Raum für „Erklärungen“ mit Unterschrift anerkennt.

• Postwertzeichen. Um den großen Bedarf an höherwertigen Postwertzeichen die namentlich im Paket- und Auslandsverkehr gebraucht werden, zweckentsprechend befriedigen zu können, gibt die Postverwaltung vorübergehend, d. h. bis zum Erscheinen der Markwerte der neuen Freimarke nach den Entwürfen des Künstlerwettbewerbs, zweifarbige Buchdruckmarken zu 1, 1,25, 2 und 4 Mark mit dem Bilde der Germania heraus. Die Marken, die auch noch in Rollenform herauskommen werden, haben dieselbe Form und Größe wie die bisherigen Pfennigwerte und eignen sich daher besser zur Massenherstellung als die größeren Kupfer- und Gummi-Druckmarken, die daneben weiter vertrieben werden. Von den meisten der nach dem Wettbewerb geplanten neuen Postmarken der Pfennig- und Markwerte sind zurzeit die endgültigen Skizzen in Arbeit, so daß die ersten Marken dieser Art in einigen Monaten ausgegeben werden können. — Die im Jahre 1911 in Deutschland getroffene Einrichtung der Brieftelegrame beruhte darauf, die verkehrsschwachen Abend- und Nachstunden wirtschaftlich auszufüllen und ohnehin im Dienst befindlichen Arbeitskräfte, sowie die vorhandenen Betriebsmittel besser auszunutzen. Als diese unerlässlichen Bedingungen nach Ausbruch des Krieges nicht mehr gegeben waren mußte der Brieftelegraphverkehr eingestellt werden. Auch die gegenwärtige Betriebslage erlaubt die Wiedereinführung noch nicht, da die Arbeitskräfte und die Betriebsmittel noch immer durch den gewöhnlichen Verkehr während des ganzen Abends und der ganzen Nacht voll in Anspruch genommen werden. Das Reichspostministerium muß deshalb die Wiederaufnahme des Brieftelegraphverkehrs noch hinausschieben.

• Öffentliche Warnung. Das Reichsgesundheitsamt in Berlin veröffentlicht folgende Erklärung der Direktoren sämtlicher deutschen Universitätsfrauenkliniken gegen Rad-Jo. Die ungeheuerliche Klame, die die in Aertse freisen zur Genüge bekannte Rad-Jo-Berand-Gesellschaft in Hamburg, Amolpohlhof, neuerdings wieder betreibt, legt den unterzeichneten Direktoren der deutschen Universitäts-Frauenkliniken die Verpflichtung auf, im Interesse des allgemeinen Volkswohls und im besonderen der schwangeren Frauen wie der Säuglinge zu den irreführenden Anpreisungen des Rad-Jo Stellung zu nehmen. Hauptbeteiligter des Rad-Jo (ebenso wie des Amol-) Geschäftes ist der Fabrikant Volkstath Wasmuth. Rad-Jo wird u. a. folgendermaßen angepriesen: „Rad Jo vertreibt Schwangerschaftsschwächen, Erbrechen usw.“ „Es lüßt die Geburtszeit oft bis auf Minuten ab.“ „Es verhindert Krampfadern.“ „Es fördert die Milchbildung oft so sehr, daß die Milchbildung oft nicht bezugungen werden kann.“ „Biele Mütter berichten, daß Rad-Jo-Kinder weit gesünder, kräftiger entwickelt, gesünder und heiterer sind als ihre älteren Kinder, die ohne Rad-Jo geboren wurden.“ Durch den Zusatz „Geprüft und begutachtet von hervorragenden Ärzten und Professoren, u. a. mit großem Erfolg angewandt an einer deutschen Universitäts-Frauenklinik“ sucht die Rad-Jo-Firma den täuschenden Anschein zu erwecken, daß die oben angeführten und anderen Angaben von ärztlichen Autoritäten anerkannt worden seien! Die wissenschaftliche Nachprüfung des Mittels hat vielmehr ergeben, daß Rad-Jo die ihm von Wasmuth zugeschriebenen Eigenschaften nicht besitzt. Eine Beleidigungsflagge, die Wasmuth gegen einen das Rad-Jo als glatten Schwindel bezeichnenden Arzt angehängt hatte, wurde auf Kosten Wasmuths rechtskräftig abgewiesen. Wegen der unwahren Behauptung, daß Professor Rouver Rad-Jo bei der Entbindung der Königin von Holland angewandt habe, wurde Wasmuth zu Geld- und Freiheitsstrafen

Grifeldis.

Roman von S. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

66)

Jetzt beleuchtete sie jedes Fleckchen des Wandschrankes damit. Und da entdeckte sie ganz hinten in der spizen Ecke ein winziges Holzplättchen, das ein wenig vorkam. Sie hielt es erst für ein Alloch und wollte es unbeachtet lassen. Aber dann sagte sie doch danach. Sie suchte es herauszuziehen. Das ging nicht. Dann drückte sie fest darauf. Es gab nicht nach. Schließlich suchte sie es nach der Seite zu bewegen. Und da, als sie es noch mehr in den spizen Winkel hineinschob, wich plötzlich der Boden des Wandschrankes wie ein Klappe nach unten. Der Boden legte sich glatt an die Mauer an. Grifeldis hatte einen leisen Ruck ausgeprochen. Erschrocken lauflte sie in ihr Zimmer zurück. Neben ihren Zimmern wohnte ja Komteß Beate. Sie durfte nichts hören. Zum Glück war noch das Wohnzimmern dazwischen.

Grifeldis atmete tief auf. Und nun leuchtete sie mit ihrer Taschenlampe in den Hohlraum hinunter. Er war sehr tief. Wenn jemand in diesem Hohlraum fand, konnte er kaum mit ausgestrecktem Arm bis an den Boden des Wandschrankes reichen.

Aber das beobachtete Grifeldis zunächst nicht. Sie machte erst einmal eine bedeutend wichtigere Entdeckung. An der Turmseite lag sie in dem Hohlraum die Umrisse einer Tür. Sie schien ziemlich dick zu sein und leinertei Schloß war daran zu sehen. Aber eine Tür war es schließlich, und zwar eine Tür in der ungefähren Größe der Delfinrahmen.

Grifeldis atmete tief und schwer. Ihre Ahnung hatte sie nicht betrogen. Aber von hier innen war die Tür nicht zu öffnen, das konnte nur vom Turmzimmer aus geschehen. Und nun wollte sie schon die Delfine finden, welche die Türen öffneten, denn sicher war unten dieselbe Einrichtung wie hier oben.

Diese Entdeckung gab ihrem Verstand neue Nahrung. Sie versuchte nun, den Boden des Wandschrankes wieder zu schließen. Es wollte erst nicht gelingen, weil sie keine Handhabe hatte um ihn emporzuziehen. Von unten ließ

er sich wohl schnell wieder in das Schloß eindringen, das ihn festhielt. Aber schließlich gelang es ihr, indem sie eine Schere in das Holz einstach und den Boden daran emporzog bis er in das Schloß einschnappte.

Sehr erregt suchte sie nun ihr Lager auf. Und es war ihr doch ein beruhigendes Gefühl, daß der Turmschlüssel in ihrem Besitz war, und daß durch den Turm niemand mehr in den Hohlraum hinter den Spiegel gelangen konnte.

Es befiel sie wieder das unheimliche, bange Gefühl, das ihrem tapferen Herzen sonst so fremd war.

Lange konnte sie nicht einschlafen. Ihre Gedanken arbeiteten ruhelos für die Erfindung des geliebten Mannes.

Am nächsten Morgen fand sie schon gegen fünf Uhr auf. Es fehl ihr keine Ruhe mehr. Sie wollte sogleich in den Turm hinüber und ihre Nachforschungen mit größerer Ruhe betreiben. Wenn sie jetzt gleich ging, hatte sie bis um acht Uhr drei Stunden vor sich. So viel Zeit hatte sie im Laufe des Tages nie. In ihrem Kleide barg sie ihre Taschenlampe und ein Käsetui, in dem sie Schere, Messer und Nadeln aufbewahrte. Sie dachte, daß sie vielleicht bei ihren Nachforschungen davon etwas gebrauchen könne.

Leise, um von Komteß Beate nicht gehört zu werden, verließ sie ihr Zimmer und ging nun schnell die Treppe hinab. Im Schloß war noch alles still. Nur der alte Heinrich war schon wach und hatte das Portal geöffnet. Er winkte eben die Teppiche zusammen, die gestopft werden sollten. Grifeldis grüßte ihn freundlich. Er sah sie erkannt an. „Schon so zeitig wach, gnädiges Fräulein?“

Sie nickte. „Ich habe Kopfschmerz und will ins Freie, Heinrich.“

„Die Luft ist klar und frisch. Das wird gut tun.“ Grifeldis nickte ihm zu und ging hinaus. In wenigen Minuten hatte sie den runden Turm erreicht. Sie schloß die Tür auf und zog sie dann hinter sich zu, so daß sie eingeklinkt war.

Und nun eilte sie die Treppe empor und in das Turmzimmer im ersten Stock. Schnell machte sie sich an die Arbeit. Mit einer feinen Stopfnadel fuhr sie erst einmal zwischen Wand und Delfinrahmen entlang. Die Spitze der Nadel packte in kaum sichtbaren Zwischenräumen. Der Rahmen war fest angeheftet. Etwa einen Meter über dem Fußboden

ließ die Nadel, mit der sie langsam entlang fuhr, hängen. Hier gab es einen Widerstand. Und Grifeldis sagte sich, daß hier das Schloß der geheimen Tür wohl in die Wand eingreifen könnte. Also mußte der Mechanismus, der die Tür öffnete, in dieser Höhe zu suchen sein. Sie tastete nun sorgsam alle die kleinen Delfine ab, die in dieser Höhe lagen.

Endlich ließ sich einer der kleinen Delfine aus dem Rahmen drücken und ging in die Wand hinein. Es gab ein schnappendes Geräusch, und die geheimnisvolle Tür öffnete sich einen Spalt weit.

Grifeldis kam vor Erregung fast atemlos in die Tür und mußte sich erst fassen. Aber lange gab sie sich dieser Schwäche nicht hin. Sie erhob sich und öffnete die Tür. Sie war jetzt dick und schienbar mit irgendeiner Füllung versehen, die den Schall abdämpfen sollte, damit man hier nicht das Geräusch aus dem Schloße vernahm und umgekehrt. Aber diese dicke, schwere Tür drehte sich lautlos in den Angeln. Grifeldis machte sich nun erst wieder ein kleines Zeichen auf dem Delfinrahmen, der das Schloß aus dieser Tür bildete. Dann öffnete sie die Tür weit und trat in den Hohlraum hinein. Sie sah, daß auch diese Tür von innen kein Schloß hatte, sondern sich glatt einfügen mußte. Von innen konnte man den Hohlraum unmöglich öffnen. Sie leuchtete empor und sah über sich den Boden des Wandschrankes, dessen Tür sich im Schlafzimmer der Gräfin Alice befand.

Tief atmete sie auf. Sie hatte gefunden, was sie suchte. Da war ein weiteres Glied in der Kette, die sie zu Graf Harros Erbschaft führen sollte.

Eine Welle fand sie ganz benommen von dieser Entdeckung. Endlich raffte sie sich wieder auf und leuchtete nun mit ihrer Taschenlampe oben in den spizen Winkel hinein. Nützlich — da sah ein kleines Schnappschloß. Sie drückte den Holzstiel zur Seite und das Schloß sprang auf. Der Boden des Wandschrankes fühlte sich hier heraus und lag nun wie eine Klappe an der hier sehr dünnen Mauer.

Grifeldis leuchtete empor in den Wandschrank hinein. An dieser Tür war innen das Schloß zu sehen, und wenn man auf einen Stuhl trat, konnte eine große Person wohl durch die Wandschranke von innen öffnen und — sie war dann auch instande, das Glas auf dem Nachtschrank der Gräfin Alice zu erreichen. (Fortsetzung folgt.)

urteilt. Mit dem Namen von Hertz hat die Rad-Johannsen-Großhandlung getrieben. Die Kasse für Rad-Johannsen ist gemeinlich. Da Rad-Johannsen zu einem wirtschaftlichen Unternehmen wird, werden die Käufer zu einem wirtschaftlichen Unternehmen geführt, die nur dazu dient, den Rad-Johannsen zu bereichern. — Folgen Namen.

Was der Erfinder des Fernsprechers, nämlich der Deutsche Philipp Reis in England gilt, lesen uns die Artikel, die die englische Presse in diesen Tagen über den Landsmann Dr. Alexander Graham Bell gewidmet hat. Der von Amerika nach England herübergekommen und aus diesem Anlaß in langen Zeitungsartikeln als der Erfinder des Telefons jetzt emphatisch begrüßt wird. Es ist richtig, daß Dr. Bell schon 1876 einen Fernsprecher, das sogenannte „Bell-Telephon“ konstruiert hat. Dank der erfolgreichen Unterstützung durch befreundete amerikanische Gelehrte vermachte Bell dann seinen Apparat schon bis 1877 so erheblich zu verbessern, daß er, wenn auch freilich zunächst nur auf kurze Entfernungen, für die allgemeine Nachrichtenübermittlung verwendbar wurde. Vor allem gebührt Dr. Bell das Verdienst, daß es ihm gelang, Geber und Empfänger konstruktiv identisch herzustellen. Erfindungen hatte aber in Friedrichsdorf bei Homburg v. d. Höhe. Der Reis'sche Apparat, der dem ersten Bell-Telephon in mehr als einer Hinsicht überlegen war, hatte jedoch schon mancher großen Erfindung, die den gewöhnlichen Mittelempfänger, das man — hier waren es die deutschen Gelehrtenkreise — keine Bedeutung nicht zurechnen. Ein Modell des Reis'schen Fernsprechers war 1862 nach Zufall in das naturwissenschaftliche Institut in Edinburgh gekommen, wo Graham Bell, selbst aus Edinburgh gebürtig, 1832-63 die Universität besuchte. Ihren Studenten wurde damals die Reis'sche Erfindung auch vielfach vorgeführt. Verschiedene ausländische Gelehrte haben dann später festgestellt, daß Bell als Edinburgher Student die Reis'sche Erfindung gekannt und daß er sich bei seiner Telephonkonstruktion später auf sie gestützt hat. Von dem berühmten englischen Physiker Professor Sir William Thomson wurde auf Grund eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen im Jahre 1883 unserm Reis die Erfindung des Fernsprechers sogar ausdrücklich zuerkannt. Es muß deshalb auffallen, daß man in den Zeitungen der englischen Zeitungen davon jetzt nichts mehr weiß, und daß Dr. Bell selbst in den „Times“ erklärt, er sei derjenige gewesen, dem die Bell'sche Erfindung des Fernsprechers verdanke. Ein Umstand von größter Bedeutung war es übrigens, daß, als die ersten beiden Stücke der 1877er Type des Belltelefons Ende Oktober desselben Jahres nach Europa gelangten, Stephan sie sofort in die Hände bekam. Er erkannte mit einem Blick den unermesslichen Wert des Apparates und machte ihn, nachdem Werner Siemens im Handumdrehen einen verbesserten deutschen Fernsprecher nach Billigem System erbaut hatte, November 1877 und damit zuerst in der Welt, also auch noch vor Amerika dem öffentlichen Verkehr dienlich.

Das Sueddeutsche Operettentheater wird am Sonntag, den 2. Januar in der Turnhalle die dreifache Operette „Die tolle Komte“ zur Aufführung bringen.

Kohlenhofhausen, 23. Dez. Schreiner Will. Hahn-Rod von hier bestand die Meisterprüfung in seinem Gewerbe im Theoretischen mit der Note „Sehr gut“, im Praktischen mit „Gut“.

Kastlatten, 18. Dez. Eine Autolinie beabsichtigt die Kraftwagen-Gesellschaft „Helsen“ von Kagenelbogen nach Kastlatten einzurichten. Außerdem soll die Einrichtung noch durch zwei andere Autolinien von Kagenelbogen über Laufensfeld bis Kemet nach Vangenschwalbach und von Kagenelbogen nach Coernhof (Lahn) erweitert werden.

Bad Homburg, 23. Dez. Im hiesigen Kurpark wurden acht große Tannen ihrer Kronen beraubt. Jedenfalls finden sie als Christbäume Verwendung. Der Kurpark wurde deswegen unter den besonderen Schutz der Polizei gestellt.

Weglar, 23. Dez. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat am Dienstag früh auf der Station Rodheim der Bielefeld-Bahn ereignet. Ein Arbeiter aus Weglar namens Wagner stieg aus dem Zug auf, bevor er zum Halten gekommen war. Er geriet unter die Räder und wurde so schwer verletzt, daß er an Ort und Stelle verstarb.

Koblenz, 24. Dez. Verbot farnevalistischer Veranstaltungen. Der Regierungspräsident für den Bezirk Koblenz hat jede öffentliche farnevalistische Veranstaltung verboten. Auch ist das Ausstellen, Festhalten und der Verkauf von Maskenmasken und sonstiger farnevalistischer Gegenstände unter Androhung hoher Geldstrafen verboten. Die Verordnung gilt bis Ende März 1921.

Vom Emsbach, 23. Dez. Eine Frau brachte versehentlich zwei Säcke Getreide zur Mühle, in denen sie Gold und Silbergeld verborgen hatte. Das Goldgeld in dem einen Sack (150 Mark) wurde mit Versehen, während das Silbergeld in einem anderen Sack noch rechtzeitig gerettet werden konnte.

Wassersburg, 23. Dez. Nach einer Szene mit dem Oberbürgermeister Dr. Matt wegen seiner Verletzung und einem Anschlag auf den Oberbürgermeister Dieck erschloß sich heute Abend der Polizeiwachmeister Engler.

Wassersburg, 24. Dez. Nach einer Szene mit dem Oberbürgermeister Dr. Matt wegen seiner Verletzung und einem Anschlag auf den Oberbürgermeister Dieck erschloß sich heute Abend der Polizeiwachmeister Engler.

Friedrich, 23. Dez. Ein Bauunternehmer von hier hatte am einen Anbau zu trocknen, vor einem Hause an der Losenbrücke einen mit Reis geheizten Ofen aufgestellt. Das austretende Gas drang durch die Fenster in das anliegende Wohnhaus ein. Elf Personen wurden durch das Einatmen des Gases bewußtlos. Nur durch schnell herbeigerufene Hilfe konnte großes Unheil verhütet werden. Es gelang, sämtliche elf Personen wieder ins Leben zurückzurufen.

Schweinfurt, 23. Dez. Todesurteil. Der Schleicher-Landwirt Adolf Rauch aus Sonneberg, der die Baderswitzer Mühle in Moleben ermordete und beraubte, wurde vom Volksgericht Schweinfurt zum Tode verurteilt.

Reichsburg, 23. Dez. (WZ.) Das Schöffengericht in Vörra verurteilte heute den Händler Robert Augsburger aus St. Jansort zu einemmal Millionen Mark Geldstrafe, weil er 45 Kilo Platin, das heute einen Wert von 100.000 M. darstellt, in die Schweiz verschleusen wollte. Das Platin wurde beschlagnahmt.

Reichen, 24. Dez. Heute morgen wurde ein Selbstmord der Bergverwaltung dieses Ortes auf dem Wege nach dem Wilhelmshafen von dreißig Banditen überfallen. Dem Selbstmord waren außer Kassenerwaltungsbeamten fünf Beamte der Wächterschlepperei beigegeben. Bei dem Feuergefecht wurde ein Unterwachmeister am Arm verletzt, ein Bandit erschossen und ein zweiter schwer verletzt. Der ver-

letzte und der tote Bandit wurden von ihren Spießgesellen weggeschafft. Ein Kassenerbeamter erhielt einen Schuß, dem er später erlag. Die Räuber erbeuteten nichts. Die blaue Polizei unternahm eine Streife in die Umgebung.

Paris, 23. Dez. Wie Sados aus Amiens meldet, hat das Kriegsgericht den Infanteristen Jules Harlane, der seit 1915 als Kriegsgefangener in Deutschland weilte und sich trotz wiederholter Aufforderung eines Offiziers der Militärmission weigerte nach Frankreich zurückzukehren, zu zehn Jahren Zwangsarbeit in Abwesenheit verurteilt.

Taschendieb und Polizeipräsident.

Berlin, 23. Dez. „B. Z.“ wurde gestern Abend ein Taschendieb auf einem Automobilomnibus abgefaßt, der dem früheren Polizeipräsidenten von Berlin, Ernst, die Uhr entwendet hatte.

Erdbeben.

Paris, 24. Dez. (WZ.) Nach einer Mitternachtsmeldung aus New York hat sich in Kan-Sou in China ein Erdbeben ereignet. Man spricht von 2000 Toten.

Der weibliche Personalchef. Daß der Personalchef eines großen Geschäfts gegen alle Waffen und Reize des höchsten Geschlechts gepanzert sein muß, wenn er seinen schweren Beruf gut ausführen will, ist eine sehr erklärliche Tatsache. Nun gibt es aber wenige Männer mit kleineren Herzen, die gefühllos die Leistungen der weiblichen Angestellten nur nach ihrem objektiven Wert beurteilen. Deshalb ist man in einigen englischen Warenhäusern dazu übergegangen, das wichtige Amt des Personalchefs Damen anzuvertrauen, und man hat damit, wie A. P. Gordon ausführt, die besten Erfahrungen gemacht, während unter der Herrschaft des „Härteren“ Geschlechts die Klagen über Ungerechtigkeiten und Bevorzugungen nicht aufhörten, während sich hübsche junge Damen vielerlei herausnehmen konnten und stets ein mildes Urteil fanden, herrschte unter dem weiblichen Regime viel größere Gerechtigkeit und Ordnung; es kommen nicht mehr Unpünktlichkeiten und Unregelmäßigkeiten in dem Maße vor wie früher, und vor allem sind die weiblichen Angestellten selbst zufriedener, beschweren sich nicht mehr so viel über ungleiche Behandlung und sind sich darin einig, daß die weibliche Vorgesetzte sie viel besser versteht. Auch mit den männlichen Angestellten wird die „Personalchefin“ besser fertig, als es der Personalchef würde; sie wird von ihnen allgemein respektiert und wenn sie sich auch nicht der Sympathien der Herrenwelt erfreut, so sehr sie doch ihren Willen durch-

Ein Drückerberger. In einer Jagdflut bei Jena wurde dieser Tage ein Hase geschossen, der wenigstens 10 Jahre alt war. Eine kleine Gans, die ihm in geschickter Weise an einen der Läufe befestigt war, gab folgende Auskunft: Ich ließ ihn laufen 1910 — Freund Peter auf frohes Wiedersehen!

Amtlicher Teil.

(Nr. 298 vom 27. Dezember 1920.)

Bekanntmachung.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Die gemäß § 69 der Dienstvorschriften für die Kreisärzte vorgeschriebenen ärztlichen Ortsbesichtigungen sind nach der Unterbrechung durch den Krieg wieder aufgenommen worden. Diese für die Volksgesundheit so wichtigen Besichtigungen haben in Gegenwart des Bürgermeisters bzw. eines mit den örtlichen Verhältnissen gut vertrauten Vertreters des Bürgermeisters stattzufinden. Der Herr Kreisarzt wird den Herrn Bürgermeistern rechtzeitig Nachricht von der vorzunehmenden Besichtigung geben.

Limburg, den 11. Dezember 1920.

2. 4138.

Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Das Reichswehrministerium hat die Wahlkreiskommandos I—VII angewiesen, den Landwirtschafstammern keine Pferde mehr anzubieten, sondern sie in Zukunft öffentlich zu versteigern. Zu den Versteigerungen sollen nur Personen zugelassen werden, die Berechtigungsbescheinigungen der Landwirtschafstammern, Landräte, oder Kreisämter vorweisen. Die Versteigerung soll den vorerwähnten Stellen des betreffenden militärischen Bereiches fünf Tage zuvor angezeigt werden.

Ja, erlaube die in Betracht kommende Bevölkerung in geeigneter Weise hiervon zu verständigen. Tag, Ort und Stunde der Versteigerungen werden von Fall zu Fall im Kreisblatt bekannt gegeben.

Limburg, den 22. Dezember 1920.

2. 4269.

Der Landrat.

Auf Grund des § 330 Abs. 2 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (G. Z. S. 53) und gemäß § 16 der IV. Ausführungsanweisung zum Wassergesetz weise ich darauf hin, daß ein Recht, einen Wasserlauf in einer der im § 46 a. a. O. bezeichneten Arten zu benutzen (vergl. auch § 379 daselbst) mit Ablauf von zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Wassergesetzes, — d. i. am 1. Mai 1924 — erlischt, wenn nicht vorher seine Eintragung in das Wasserbuch beantragt worden ist. Auf Rechte, die im Grundbuch eingetragen sind, ist diese Vorschrift nicht anzuwenden. Der Antrag kann nach § 186 Abs. 1 bei der unterzeichneten Wasserbuchbehörde, oder bei der zuständigen Wasserpolizeibehörde (§ 342) schriftlich oder zu Protokoll gestellt werden. Bei Stellung von Anträgen ist folgendes zu beachten:

1. In dem Antrage auf Eintragung von Wasserbenutzungsrechten ist das beanspruchte Recht nach Art, Inhalt und Umfang zu bezeichnen und der Ort, die Stelle des Wasserlaufs anzugeben, wo das Recht ausgeübt werden soll.

2. Dem Antrage sind die zum Nachweise des Rechtsdienenden Urkunden, sowie ein vollständiges Verzeichnis der dem Antragsteller bekannten Personen, die in der geltend gemachten von Rechten durch die im § 190 Abs. 1 des Wassergesetzes bestimmte Wirkung der Eintragung beeinträchtigt werden Grundbuchblätter einzureichen (§ 186 Abs. 1).

3. Der Wasserlauf, an dem Benutzungsrechte beansprucht werden, ist nach Namen, Lage (Gemarkung) genau zu bezeichnen; handelt es sich um einen Mühlgraben, so ist außerdem anzugeben, von wo er seinen Zulauf und in welchen Wasserlauf er seinen Abfluß hat.

4. Ist das Recht — also das Benutzungsrecht, nicht nur das Eigentumsrecht an den zur Ausübung des Rechts bestehenden Anlagen — im Grundbuch eingetragen, so ist es in Uebereinkunft mit diesem in das Wasserbuch einzutragen. Der Antragsteller hat zu diesem Zwecke eine das Recht betreffende beglaubigte auszugsweise Abschrift des Grundbuches einzureichen (§ 186 Abs. 1).

5. Wird das Recht auf Grund eines besonderen Titels — Vertrag, Verjährung, Ererbung, Privileg, Enteignung usw. — in Anspruch genommen, dann ist glaubhaft zu machen,

eventuell durch behördliche Bescheinigungen oder Zeugen, daß es zehn Jahre vor dem 1. Januar 1912 von dem Antragsteller und seinen Rechtsvorgängern ohne Widerspruch ausgeübt worden ist (§ 187 Abs. 2).

6. Wird das Recht auf seinen besonderen Titel gestützt, dann ist glaubhaft zu machen, eventuell ebenfalls durch behördliche Bescheinigungen, daß die zu seiner Ausübung vorhandene Anlage rechtmäßig ist, oder daß sie vor dem 1. Januar 1912 schon mehr als 10 Jahre bestanden hat (§ 187 Abs. 2).

7. Dem Antrage ist ein Lageplan, aus dem die Anlage, für welche das Recht beansprucht wird, der Verlauf der in Anspruch genommenen Wasserläufe — bei Mühlgräben die Abzweigung und Einmündung — zu entnehmen sind, beizufügen. Zur Führung des Wasserbuchs für den ganzen Regierungsbezirk ist der Bezirksausschuß in Wiesbaden zuständig.

Nötigenfalls werden mündliche Auskünfte auf dem Geschäftszimmer dieser Behörde in Wiesbaden, Luisenplatz 81, erteilt.

Wiesbaden, den 23. März 1920.

Der Vorsitzende des Bezirksausschusses.
(Wasserbuchbehörde.)

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, vorstehende Bekanntmachung wiederholt ortsförmlich zu veröffentlichen und die in Betracht kommenden Müller, Triebwerksbesitzer, Wiesen-Genossenschaften usw. besonders in Kenntnis zu setzen und mich hierüber bis zum 1. Februar l. Js. kurze Anzeige zu machen.

Limburg, den 14. Dezember 1920.

2. 1365.

Der Landrat.

An die Herren ländlichen Standesbeamten des Kreises.

Der Termin zur Erledigung der Verfügung vom 3. Mai 1915 J. Nr. A. A. 205 betr. Einreichung einer Nachweisung über die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1920 beurkundeten Kriegsverfälle, soweit sie nicht durch den Herrn Regierungspräsidenten angezeigt sind, läuft am 5. Januar 1921 ab.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

A. A. 3568.

Die Betätigung und Wirkung der Organisation Eiserich stellt eine immer wachsende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung dar. Einerseits fordert die Orgesch in besonderen Ausfällen nicht nur ihre Mitglieder, sondern darüber hinaus die Allgemeinheit zum Ungehorsam trotz aller Strafen gegen die Staatsregierung auf, indem sie geltend macht, daß auf Seiten der Orgesch die Macht sei. Andererseits ruft sie durch Art und Inhalt ihrer Agitation nicht nur den Widerspruch, sondern auch erwiesenermaßen den Zusammenschluß der auf entgegengesetztem Boden stehenden Kreise hervor. Die Anzeichen mehrten sich in bedrohlichem Maße, so daß es bei einer Weiterverfolgung dieses Weges zu schweren Erschütterungen des Staates kommen muß.

Im Hinblick darauf ersuche ich, unter Begünstigung auf meinen an die Herren Oberpräsidenten gerichteten Drahterlaß vom 15. 8. 1920, sämtliche zur Organisation Eiserich gehörigen oder mit ihr verbundenen und auf gleichem Boden stehenden Vereine gemäß § 2 des Reichsvereinsgesetzes aufzulösen, insbesondere alle Versammlungen zu verbieten und zu verhindern, sowie in der gebotenen Weise gegen Zeitungsanzeigen, Aufrufe und dergleichen vorzugehen.

Der Rechtsboden für diese Maßnahmen ist ohne weiteres gegeben, und zwar einmal durch § 128 Ziffer 2 b des Reichs-Strafgesetzbuches, da die Mitglieder der Orgesch ausweislich ihrer Satzungen deren Leitern gegenüber sich zu vorbehaltloser Unterordnung verpflichtet haben. Ferner aber handelt es sich ganz offenbar um einen durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. 5. 1920 (R. G. Bl. S. 1147) verbotenen und mit Strafe bedrohten Verband politischer Art, da nach § 3 der Satzungen Zweck des Vereins unter anderem ist: Schutz von Personen, sowie Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr jedes Rechts- oder Unrechts. Dies sind zweifellos Aufgaben der Polizei nach § 101. 17 des allgemeinen Landrechts, deren Ausübung jedoch ein ausschließliches Recht des Staates ist. Schließlich verleiht der Verband gegen die Verfügung des Staatsministeriums vom 9. April 1920, die Auflösung der Einwohnerwehren betreffend. Diese Verfügung bezieht sich nach ihrem Sinne und ihrer Veranlassung nicht nur auf die staatlich organisierten Wehren, sondern darüber hinaus auf alle Organisationen, die in der Zusammensetzung von Personen zum Zwecke gemeinsamer und planmäßiger Ausübung des Selbstschutzes bestehen. Daß dieser mit Waffen ausgeübt wird, unterliegt keinem Zweifel. Selbst wenn der Verband als solcher keine Waffen hat, so gilt dies doch von dem größten Teil der Mitglieder, ein Zustand, der nicht nur tatsächlich feststeht, sondern zweifellos auch in der Absicht der Organisation liegt, da ohne Waffen ein Selbstschutz überhaupt nicht ausgeübt werden könnte.

Demgemäß hat die Reichsregierung in einer Kabinetts-Sitzung vom 23. 8. 1920 anerkannt, daß die Orgesch als eine Umgehung der Einwohnerwehren angesehen ist, so daß ihr Fortbestehen mit dem Versailler Friedensvertrag nicht in Einklang zu bringen ist.

Die von der Presse erwähnte Stellungnahme des Herrn Justizministers ist, wie er selbst am Schlusse seiner Äußerung hervorhebt, nicht endgültig. Seiner eigenen Anregung entsprechend, werde ich ihm das weitere noch in der Sammlung begriffene Material über das Wirken der Orgesch zur erneuten Prüfung übermitteln. Ohne Rücksicht darauf aber ist sofortiges Eingreifen, wenn nicht schwerer Unheil eintreten soll, unbedingt geboten. Wenn auch der Gründer der Organisation der Satzung entsprechend nur: „Die Veröhnung der Volksklassen und den Wiederaufbau Deutschlands“ im Auge gehabt haben mag, so führt die Betätigung und Wirkung seiner Schöpfung, wie die Tatsachen beweisen, zu dem entgegengesetzten Ergebnis, letzten Endes zu einer schweren Gefährdung des Staates.

Selbstverständlich ist in derselben Weise, wie gegen die Orgesch, auch gegen alle auf dem entgegengesetzten Boden stehenden Verbände und Vereine, sowie gegen deren Veröffentlichungen vorzugehen.

Berlin, den 1. November 1920.

Der Minister des Innern.

H. 6. 787. Dr. (c.)

Abdruck zur Kenntnis und Beachtung.

Auf Anordnung des Herrn Oberpräsidenten sind von den Ortspolizeibehörden gegen die am Ort vorhandenen Burschenschaften, Gefolgshäufen und sonstige Vereinigungen des Jungdeutschen Ordens sowohl wie der Orgesch Auflösungsverfügungen zu erlassen.

Das weitere Erscheinen des Ordenszeitung und das Abhalten von Versammlungen des genannten Ordens ist zu verbieten.

Limburg, den 9. Dezember 1920.

Der Landrat.

Statt Karten.

Annemarie Rechenberg
Fritz Stöckigt
 Verlobte

Weihnachten 1920

Charlottenburg Jüterbog
 a. Zt. Limburg.

Am Dienstag den 28. Dezember, abends 8 Uhr findet in der Gastwirtschaft „Zum Falken“ eine

Versammlung zwecks Gründung einer Ortsarbeiterschaft

statt, wozu sämtliche Arbeiter von Limburg ergebenst eingeladen werden.

Der Vorsitzende der Kreisarbeiterschaft.

Mehger-Innung.

Ordentliche Innungsversammlung

am Montag den 10. Januar 1921, nachmittags 2½ Uhr im Lokale „Zum Bahnd“.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Statutenänderung.
3. Haushaltsplan pro 1921.
4. Beratung über Gründung einer Genossenschaft.
5. Beihilfsfragen.
6. Anträge.

Es wird zur Kenntnis gebracht, daß die Strafe für Verspätung bedeutend erhöht ist.

4.298

Der Vorstand.

Schafverkauf.

Mittwoch den 20. d. Mts., nachmittags 2 Uhr werden in Freidiez

60 garantiert hautreine Mutterchafe und Sammelkammer

verkauft.

9.298

Zapp.

Bullenverkauf.

Ein gut genährter Gemeindefulle kommt im Submissionsweg zum Ausgebot. Schriftliche und verschlossene Angebote sind bis längstens 4. Januar 1921 auf der Bürgermeisterei einzureichen.

Beckheim (Untertannensfreis), den 22. Dezbr. 1920.

Der Bürgermeister:

R. noll.

1.298

Jagdverpachtung.

Donnerstag den 30. Dezember 1. Jz., nachmittags 2 Uhr

soll im Lokale des Gastwirts Simonis dahier die Jagdverpachtung des Jagdbezirks Lindenhofshausen zur Größe von 802 Hektar, wovon 109 Hektar Wald, mit gutem Wildbestand, auf die Dauer von 9 Jahren, beginnend mit dem 1. August 1921, öffentlich meistbietend vergeben werden.

Lindenhofshausen ist Bahnstation der Bahnstrecke Limburg-Frankfurt in der Nähe von Limburg.

Lindenhofshausen, den 11. Dezember 1920.

Der Jagdvorsteher:

Kompel.

1.288

Brennholzversteigerung.

Donnerstag den 30. Dezember 1920, vormittags 11 Uhr

anfangend, kommen auf dem Rathaus hier aus Distrikt Zimmerberg:

- 700 Rm. buchen Scheit und Knüppelholz,
- 100 „ „ „ „
- 200 Rm. Reiserknüppel

zur Versteigerung

Das Ausgebot erfolgt in Losen von 20—40 Rmtr.

Das Holz ist sehr guter Qualität und lagert zur bequemen Abfahrt nach Station Hohenstein.

Rausenfelden, den 22. Dezember 1920

Der Bürgermeister:

W. A. R.

1.297

Grösste Auswahl!

Billigste Preise!

Glasierte Wandplatten, Bodenplatten

einfarbig und schöne, bunte Muster.

Stahlplatten-Tonrohre, weiss glasierte Spülsteine.

Emil Köblg, Wiesbaden

Adelheidstr. 54

Fernspr. 2402.

Verlegen durch geübte Plattenleger.

Prompte zuverlässigste Lieferung auch der kleinsten Mengen.

Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.

12.297

Ein neues Kunstbein

(System Maxeiner)

mit selbsttätiger mechanischer Streckvorrichtung des Unterschenkel am Oberschenkelbein.
 D. R. G. M. Nr. 70672

Die Streckvorrichtung hat sich seit 1½ Jahre praktisch bewährt und ist im Innern des Kunstbeines eingebaut, daher keine äusserlich hervortretende, die Beinkle der stark beschädigenden Teile wie Riemen, Schlaufen, Gummizüge und dergl. Aeusserst elastischer, leichter und geräuschloser Gang. Die ganze Vorrichtung wiegt nur 125 gr. und eignet sich zum Einbauen in jedes Kunstbein.

Fritz Maxeiner, Bandagist und Orthopädie-Mechaniker-Meister

Wiesbaden

Friedrichstraße 27

Tel. 5007

Lieferant für Versorgungsämter Berufsgenossenschaften etc.

Spezial-Werkstätte für individuelle Anfertigung künstlicher Glieder, orthopädischer Geh- und Stütz-Apparate, Korsetts (System Hessin) usw.

Maßanfertigung sämtlicher Bandagen, Bruchbänder, Leibbinden u. Fußeinlagen. Reparaturen in solider und sorgfältigster Ausführung.

Haus- u. Alleinmädchen,

Zimmer- u. Küchenmädchen,

landwirtschaftliche Mägde

erhalten für sofort und später kostenlos Stellung durch

Kreisarbeitsnachweis Limburg.

7.297

Schnelle'sches

Konservatorium der Musik Limburg.

Allen interessierten Kreisen gebe ich hiermit bekannt, dass ich das obengenannte Institut in der seither geführten Weise unverändert weiter leiten werde. Durch Hinzuziehen einer entsprechenden musikalischen Kraft wird es mein ernstes Bestreben sein, im Sinne des verstorbenen Leiters allen Ansprüchen auch fürderhin vollkommen gerecht zu werden. :-:

Frau Luise Schnelle.

Turnhalle.

Sonntag den 2. Januar, abends 8 Uhr

Einmaliges Gastspiel des Süddeut. Operettentheaters.

Die zugkräftigste Operette der Neuzeit!

Am Berliner Theater über 800 Aufführungen!

Die tolle Komtess.

Operette in 3 Akten von Walter Kollo.

Preise der Plätze im Vorverkauf einschliessl. Steuer:

Sperrplatz (nummeriert) Mk. 6,70, 2. Platz Mk. 4,80,

2/294 Gallerie Mk. 3.—

Vorverkaufsstelle: Buchhdlg. Herz (Ink Heinrich),

Samstag den 1. u. Sonntag den 2. Jan. in der Turnhalle.

Zuckerrübenschnitzel.

Verkaufen laufend in Ladungen

2.296

getrocknete Zuckerrüben

(helle vollwertige Zuckerschnitzel)

und bitten um Anfrage.

Lebens- und Futtermittel-Großhandlung

G. m. b. H.

Eisfeld (Sieg).

Feldhüter-Anzeigebücher

mit Dienstankündigung.

Feldhüter-Anzeigeformulare

nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Am 1. Weihnachtstage

verloren

von Bahnhof Limburg bis Untere Schiede 5 dortselbst eine schwarze Lederne

Damenhandtasche

mit Inhalt, darunter einige Schlüsseln, mit Wappensteinen. Gegen gute Belohnung abzugeben in der

Geschäftsstelle des „Limburger Anzeiger“.

Hahn.

keine neue, sondern alte, gut erhaltene.

A. Henne,

Weiersteinstr. 16.

Konrad Grim, Limburg

Dr. Wolfstrasse Nr. 3.

Mandolinen, Gitarren,

Laute, Violinen u. Saiten.

Klavierschmied und Reparaturen.

Asthma

kann geheilt werden. 9(252) Sprechstunden in Gießen, Bahnhofshotel Lenz, jeden Montag von 10—1 Uhr.

Dr. med. Alberts

Spezialarzt Berlin S. W. 11.

Apollo-Theater.

Montag, den 27. u. Dienstag, den 28. 12. 6 Uhr:

Ut mine Stromtid.

8(288)

Lederfett

schwarz, braun und gelb.

Schuerhème

Gross- u. Kleinverkauf.

Franz Fluck, Limburg (Lahn).

Obere Grabenstrasse 20. Telefon Nr. 233.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Verlangen Sie Offerte.

Unsere verehrl. Postbezieher

weisen wir erneut darauf hin, daß in den Fällen unregelmäßiger Zustellung unseres Blattes durch den Briefträger, hierwegen stets schriftliche Beschwerden an das betreffende Postamt zu richten sind.

Wegen unregelmäßigen Eingangs des „Limburger Anzeiger“ an uns gerichtete Reklamationen, haben leider nicht den gewünschten Erfolg, da das für uns maßgebende Postamt Limburg erklärt, daran festhalten zu müssen, daß auswärtige Postbezieher sich in Beschwerdenfällen stets an ihr Postamt oder die diesem vorgesetzte Postbehörde zu wenden haben, da nur diese in der Lage seien, dauernde Abhilfe zu schaffen.

Verlag des „Limburger Anzeiger“.

Aufschrift des „Limburger Anzeiger“

vom 28. Dezember 1920.

mitgeteilt nach den Notierungen der Frankfurter Börse von der für Bank Handel u. Industrie, Niederlassung Limburg.

legter Kurs	notiert
Deutsche Sparprämienanleihe	90,— 89,80
5% Kriegsanleihe	77,½ 77,½
Darmstädter Bank Aktien	180,— 180,—
Deutsche Bank	325,½ 325,—
Disconto Commandit Akt.	243,— 242,—
Dresdner St. Aktien	216,¾ 217,—
Mitteldeutsche Kreditbank Aktien	178,½ 179,½
Metallbank	325,— 319,½
Hochrheiner Bergbau-Aktien	— 710,—
Südwest. Eisenwerke	698,— 698,—
Stich. u. Verw.	400,¾ 390,—
Werkzeug.	400,¾ 385,—
Harpenberg Bergbau	559,— 544,½
Phönix Berg	671,— 665,—
Hamb. Amerik. Badens. Aktien	198,— 195,—
Rheinischer Bergbau	191,¼ 188,—
Allgem. Elektr. Ges.	309,— 310,—
Adlerwerke vorm. Meyer	330,— 324,—
Chem. Albert-Wecke	1098,— 1059,—
Nachwecke Hocht	440,— 434,—
Schudert Rhenberg	281,½ 267,½
Chem. Giesheim	445,— 396,¾
Loth. Zement	208,— 205,—
Schönungsbahn-Akt.	585,— 560,—
Seltinwerke	500,— 497,—

Devisen

Paris	486,½	489,—
Schweiz	1090,½	1112,½
London	2252,½	2265,—
Bombay	255,¾	254,—
New York	71,¾	72,½